

Rundbrief 02 / 06

Enlazando Alternativas 2
Alternativen verbinden:
Gegengipfel zur EU-Lateinamerika-Karibik-Konferenz in Wien



Demonstration der Quinua-Bauern in La Paz/Bolivien, Foto: Eveline Rocha Torrez

Vom 11. bis 13. Mai 2006 treffen sich in Wien die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, der Staaten Lateinamerikas und der Karibik, um die Wirtschaftkooperation der Regionen voranzutreiben – sprich ein Freihandelsabkommen mit den Mercosurstaaten, Zentralamerika und dem Andenpakt zu beschließen. Kern dieses Abkommens ist eine neoliberale Agenda, die die Interessen der europäischen Unternehmen vertritt und ein hohes Maß an WTO-Verpflichtungen enthält.

Beim letzten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU, Lateinamerikas und der Karibik in Guadalajara (Mexiko) im Jahr 2004 wurden bereits erste Warnungen vor den Auswirkungen des Vertrages laut. Damals fand ein Alternativengipfel, an dem sich lateinamerikanische und europäische NGOs beteiligten und eine gemeinsame Kritik am Abkommen formulierten, statt. Der zentrale Slogan lautete: „Nutzen für wenige, Schaden für die Mehrheit". Seit Guadalajara hat sich ein biregionales Netzwerk gebildet. Der Widerstand ist breiter geworden, über 100 Organisationen aus den betroffenen Regionen mobilisieren jetzt zum Gegengipfel „Enlazando Alternativas2" nach Wien.





Frauen am Markt von Tarabuco/Sucre/Bolivien, Foto: Eveline Rocha Torrez; Kakaobauer, Foto: DKA

1 EUR 50

Der Alternativengipfel steht im Zeichen des politischen Dialogs zwischen sozialen Bewegungen, NGOs, Gewerkschaften und anderen aus allen drei Regionen. Dieser Dialog zielt darauf, eine gemeinsame Kritik gegen die neoliberale Ordnung zu formulieren, die soziale Unzufriedenheit öffentlich zu machen und die zahlreichen gegenwärtigen Kämpfe und Widerstandsaktivitäten sowie die alternativen Visionen zusammenzuführen. Gemeinsam soll eine neue politische Kraft aufgebaut werden, die Gegenstimmen zur offiziellen politischen Agenda bündelt und für eine andere Form der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenarbeit eintritt.

Während der vier Tage des Alternativengipfels in Wien erwarten Sie/Euch:

– Podiumsdiskussionen und zahlreiche Seminare zu den Verträgen zwischen Lateinamerika, der Karibik und der EU;
– Analysen der Entwicklungspolitik und der Militarisierung auf beiden Kontinenten;
– ein Tribunal der Völker, in dessen Rahmen die Machtmechanismen der europäischen transnationalen Konzerne in Lateinamerika und Europa untersucht werden.

Lateinamerika ist in Bewegung. Das verdeutlichen die vielen sozialen Bewegungen und die jüngsten Wahlergebnisse. Der Alternativengipfel wird zeigen, dass hier wie dort breite Zivilgesellschaften Nein zur neoliberalen Politik sagen und es andere Konzepte als „profit over people" gibt.

Silvia Pitscheider, Attac Österreich

Weitere Informationen zum Alternativengipfel 2006 „Enlazando Alternativas 2" unter:
www.alternativas.at

Inhalt

editorial

Liebe Attac-Mitglieder,

Erich Kästner sagte einmal: „An allem Unfug, der passiert, sind nicht etwa nur die schuld, die ihn tun, sondern auch die, die ihn nicht verhindern." Angesichts der vielen Schieflagen in dieser Welt gibt es da eine Menge zu tun, selbstredend auch für Attac.

Im Frühling stehen gleich eine ganze Reihe wichtiger Termine zur produktiven Verhinderung einer weiteren Ausplünderung von Menschen und Umwelt an: Auf der internationalen Ebene werden sich während des alternativen Lateinamerika-Gipfels in Wien Initiativen und Bewegungen aus Süd und Nord weiter vernetzen, auf der europäischen Ebene auf dem nächsten Sozialforum in Athen, national beim Kongress „Kosten rebellieren" und dem Mayday in Hamburg.

Im Juni lädt Attac zum dritten Mal zur Aktionsakademie ein. Die hat sich bereits einen ganz außerordentlich guten Ruf erworben und bietet allen, die ihre Kritik in konkrete Taten umsetzen wollen, reichlich Gelegenheit, viel über kluge und phantasievolle Aktionsformen zum Thema Globalisierungskritik zu lernen.

Darüber und noch viel mehr berichten wir in diesem Rundbrief.

Mit solidarischen Grüßen

Gabriele Rohmann

Raus aus der Defensive

Phase 2 der Globalisierungskritik: Globale Soziale Rechte!

Mit den Demonstrationen und Blockaden gegen die WTO-Ministerkonferenz 1999 in Seattle begann ein Zyklus von Protesten, in dem sich die globalisierungskritischen Bewegungen formten und der in dem weltweiten Prozess der Weltsozialforen gipfelte. Die neoliberale Globalisierung und ihre verheerenden Auswirkungen wurden analysiert und in Frage gestellt. Diese ersten Jahre der Kritik scheinen von einer zweiten Phase abgelöst zu werden: Es geht nun darum eine weitgehend defensive Perspektive zu verlassen, um Konzepte für eine alternative Globalisierung zu entwerfen. Eines dieser Konzepte ist die Idee Globaler Sozialer Rechte.

Aus der Internationalisierung der Arbeitsteilung und der Deregulierung der Finanzmärkte resultiert eine Aushöhlung der Sozialstaaten hin zu „nationalen Wettbewerbsstaaten". In Deutschland stehen dafür z.B. die Hartz-Gesetze, die die Einkommen ganzer Bevölkerungsgruppen absenken, um in der globalen Standortkonkurrenz weiterhin an der Spitze zu bleiben. Globalisierter Kapitalismus bedeutet Prekarisierung und sozialen Ausschluss im Norden, zunehmende Ausbeutung und Verelendung im Süden. Dagegen setzen wir Globale Soziale Rechte.



Recht auf Nahrung, Kleidung, Unterkunft, ...

Wofür stehen Globale Soziale Rechte? Sie umfassen zunächst das Recht auf die Sicherung materieller Bedürfnisse, d.h. Zugang zu und Mitbestimmung über Nahrung, Kleidung, Unterkunft usw. Sie gehen allerdings noch darüber hinaus. Die Rechte auf eine intakte Umwelt, auf Bildung, auf globale Bewegungsfreiheit, auf die Unabhängigkeit vom Zwang zur Lohnarbeit, auf gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und Leben, wozu auch das Recht auf die Bestimmung des eigenen Geschlechts gehört, sind ebenso elementare Bestandteile Globaler Sozialer Rechte. Sie stehen für ein selbstbestimmtes Leben in Würde. Sie gelten für alle Menschen überall, unabhängig von Aufenthaltsstatus, Geschlecht, Kaste oder Wohlverhalten. Ein ausreichendes bedingungsloses Grundeinkommen ist ein zentrales Instrument, um Globale Soziale Rechte einzulösen, weil es Keim für andere, freie, auf die Selbstverwirklichung aller Menschen abzielende Gesellschaften ist.

... Bildung, Bewegungsfreiheit, Menschenwürde, ...

Bei der schwierigen Durchsetzung Globaler Sozialer Rechte ist es häufig nötig, sich über offizielle Gesetze hinwegzusetzen, wenn diese ihrer Umsetzung im Wege stehen. So mögen Landbesetzungen wie in Brasilien in vielen Fällen illegal sein. Legitim sind sie aber dennoch, da sie dabei helfen, das Recht auf Ernährungssouveränität zu verwirklichen.

Auch bei Aktionen von Attac geht es im Kern um Globale Soziale Rechte: bei der Lidl-Kampagne um das Recht sich gewerkschaftlich organisieren zu dürfen und um das Recht auf Ernährungssouveränität. Diejenigen, die Nahrung produzieren, haben das Recht, davon leben zu können. Außerdem wollen wir wissen, was, wo und mit welchen Inhaltsstoffen produziert wird. Die vielfältigen Aktivitäten gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen auf lokaler Ebene thematisieren Rechte auf Basisdienstleistungen wie Wasser, Bildung und Gesundheit. „Recht auf" bedeutet aber immer auch „demokratische Mitbestimmung über": Deshalb gehen Globale Soziale Rechte auf allen Ebenen mit dem Ziel Globaler Demokratie einher.

... Ernährungssouveränität, bedingungsloses Grundeinkommen

Die Proteste gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm bieten – gerade auch für Attac – die Möglichkeit, unterschiedliche Themen innerhalb der Klammer „Globale Soziale Rechte" zusammen zu bringen, denn die Politik der G8 steht zu diesen in grundsätzlichem Widerspruch.

Zudem fehlt den G8 jegliche demokratische Legitimation: Sie betreiben imperiale Weltpolitik im Interesse der Eliten reicher Staaten und ihrer Konzerne. Trotzdem entlassen wir sie nicht aus ihrer Verantwortung, solange sie die Lebensbedingungen von Millionen von Menschen beeinflussen. Aber: Soziale Rechte müssen nicht von Staaten erbettelt werden, denn jeder hat sie einfach, weil er oder sie existiert. Die Perspektive Globaler Sozialer Rechte ermöglicht uns daher, unsere Geschichte selbst zu schreiben: „You make plans, we make history!", stand folgerichtig während der Proteste gegen den G8-Gipfel in Genua an einer Wand geschrieben.

Alexis Passadakis, Martin Schmalzbauer und **Tobias Haas**
Diskussionspapier der attacBerlin-AG Globale Soziale Rechte;
www.globale-soziale-rechte.org

Attac-Aktionsakademie vom 14. bis 18. Juni 2006

Gute Aktionen wollen auch gelernt sein

Attac, das heißt auch Analyse, Aufklärung und Aktion. Gute Aktionen aber fallen nicht vom Himmel. Deswegen hat sich die Aktionsakademie fest im Attac-Kalender etabliert. Eingeladen sind sowohl aktionserfahrene Attacies als auch alle diejenigen, die sich bisher noch nicht weit auf das Aktions-Terrain vorgewagt haben. Auf der Aktionsakademie können die verschiedensten Aktionsformen von der Pike auf gelernt werden: In Seminaren und Workshops wird methodisches und handwerkliches Basis-Wissen vermittelt und mit praktischer Hilfestellung verknüpft. Die Teilnehmenden können sich ausprobieren, dabei Erfahrung sammeln und Aktionshemmungen abbauen. Die Aktionsakademie bietet zudem Raum für Auseinandersetzung mit der Funktion von Aktionen in der politischen Bewegungsarbeit und schafft Vernetzungsmöglichkeiten für aktionsbereite Gruppen. Nicht zuletzt werden hier auch Aktionen für konkrete Anlässe und Kampagnen entwickelt.



Die thematische Klammer wird in diesem Jahr die Vorbereitung des Widerstandes gegen den G8-Gipfel sein, der im Sommer 2007 das Örtchen Heiligendamm nahe Rostock heimsuchen wird. Auf der Aktionsakademie werden Methoden und Aktionsformen entwickelt, wie dieser Protest vor Ort wirksam gestaltet, aber auch im Vorfeld in Städten überall in Deutschland zum Thema gemacht werden kann. Auch andere Attac-Themen werden eine Rolle spielen, etwa die Entwicklung lokaler Aktionsformen für die Kampagne Internationale Steuern.

Durchlaufende dreitägige Vormittagsseminare bilden den Schwerpunkt der Veranstaltung. Hier steht das Training von Aktionsmethoden wie Straßentheater, Adbusting, Klettern, allgemeine Aktionsgrundlagen und Ziviler Ungehorsam sowie Kampagnenplanung auf dem Programm. Nachmittags können die Teilnehmenden in zweistündigen Workshops Kenntnisse in anderen Bereichen erwerben. Themen sind unter anderem: Aktionsplanung, Bannerwerkstatt, Rechtliches und Rechtshilfefonds, Körper-Rhythmus, Kampagnenplanung, Demo-Animation, Mailverschlüsselung, Pressearbeit, Argumentationstraining, globalisierungskritischer Stadtrundgang und vieles mehr. Ergänzt wird dieses inhaltliche Programm durch eine abendliche Diskussionsveranstaltung, kulturelle Beiträge sowie eine große gemeinsame Abschlussaktion am Sonntag.

Auch erfahrene Kampagnentrainer wie Uli Wohland von der Werkstatt für gewaltfreie Aktion in Baden sind von der Aktionsakademie begeistert: „So eine tolle Veranstaltung zur praktischen Weiterentwicklung von Bewegungen habe ich seit vielen Jahren nicht mehr erlebt“.

Kommt zahlreich und überzeugt Euch selbst von Inhalten und Zielen der Akademie. Gute Aktionen fallen zwar nicht vom Himmel, aber sie können mit viel Spaß und Spannung gelernt werden.

Stephanie Handtmann

Nähere Informationen in Kürze auf der Homepage:
www.attac/aktionsakademie2006
oder bei:
handtmann@attac.de

Auf zum Frühjahrsratschlag in Braunschweig vom 28. bis 30. April 2006!

Attac aktiv mitgestalten

Dem Frühjahrsratschlag kommt in diesem Jahr eine ganz zentrale Bedeutung zu: Wir wollen hier unsere politische Arbeit für die nächsten Monate strategisch ausrichten und organisieren. Wo werden wir unsere Schwerpunkte setzen, wo gibt es Dynamik und Mobilisierungspotential, wo können wir uns erfolgreich der neoliberalen Politik, die die Mehrzahl der Menschen und die Umwelt angreift, entgegenstellen?

Die Verhältnisse sind in Unordnung – sie brauchen Veränderung

Attac hat mit der Lidl-Kampagne in den letzten Monaten viel Aufmerksamkeit für und Aufklärung über neoliberale Produktions- und Arbeitsbedingungen geschaffen. Ver.di und IG Metall stellen sich gegen Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsplatzvernichtung. Die Hafenarbeiter haben die Hafenrichtlinie verhindert, und auch die Proteste gegen die Bolkesteinrichtlinie sind Erfolge gegen die neoliberale Politik der EU (siehe auch das Interview auf Seite 9).

Wie aber geht es weiter? Besonders die Absicht vieler Kommunen, Krankenhäuser, Schulen und andere öffentliche Einrichtungen zu privatisieren, geben uns vor Ort gute Anknüpfungspunkte für gemeinsame Gegenwehr. Mit der Privatisierung der Bahn wird ein ganz besonders dreister Coup der Bürgerenteignung angestrebt. Und die EU-Präsidentschaft und der G8-Gipfel in Heiligendamm in 2007 sollen als zentrale Punkte unserer Arbeit vorbereitet werden.

Es gibt viel zu tun – tun wir es ihnen an!

Wir wollen in Braunschweig einen großen Ratschlag veranstalten mit Debatten, Workshops, Arbeitsgruppen und Spaß.

Ihr könnt den Ratschlag mitgestalten:
– Organisiert Workshops,
– stellt Eure Arbeit vor,
– macht Arbeitsgruppen zu Euren Themen,
– kommt mit vielen Leuten nach Braunschweig!

Hardy Krampertz

Anmeldung bis zum 10. April 2006. Mehr Infos in Kürze auf der Homepage von Attac:
www.attac.de.
Kontakt:
ratschlag@attac.de

Mit der Regierungsübernahme durch Politiker wie Hugo Chávez in Venezuela, Evo Morales in Bolivien oder Michelle Bachelet in Chile sind nicht nur in Südamerika die Hoffnungen vieler Menschen auf eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse gewachsen. Vom „Linksruck" im traditionellen „Hinterhof der USA" verspricht sich auch die hiesige Linke neue Impulse. Zwei zentrale Fragen beschäftigen viele Gruppen und Bewegungen: Kann sich die Linke auf Regierungsbeteiligungen verlassen? Oder sollte sie die Hoffnung auf gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Veränderungen in die Basisbewegungen setzen?

Siehe unten links

Nicht die neuen Regierungen, sondern die Basisbewegungen verändern die lateinamerikanischen Gesellschaften

Es ist durchaus möglich und sogar wahrscheinlich, dass Michelle Bachelet in Chile oder Evo Morales in Bolivien einen nennenswerten Teil der immensen Hoffnungen, die viele Menschen in sie setzen, nicht erfüllen werden. Eine solche Enttäuschung ist in Brasilien über Luiz Inácio Lula da Silva und in Uruguay über Tabaré Vázquez bereits zu spüren. Machtpositionen und die Eigendynamik von Institutionen verändern bekanntlich Individuen, und das System der repräsentativen Demokratie trägt dafür Sorge, dass die Regierenden sich von ihrer Basis entfernen. (...)

Dennoch bedeuten die Wahlsiege von Morales und Bachelet Umbrüche in der Geschichte des Kontinents. (...) In Chile und Bolivien ist das traditionell Undenkbare möglich geworden: Eine Frau und ein Indígena repräsentieren nun diese Gesellschaften. Diese Wahlsiege sind nicht nur von großer Bedeutung wegen dem, was nun kommen mag, sondern wegen dem, was bereits geschehen ist: eine deutliche Verschiebung der Machtverhältnisse. Diese Verschiebung wurde nicht einfach per Wahlzettel beschlossen, sondern von sozialen Bewegungen erkämpft, die auf dem gesamten Kontinent existieren.

Soziale Bewegungen verändern die Machtverhältnisse

Eine ganz andere Frage ist, in welche Richtung sich die linken oder linksliberalen Regierungen des Subkontinents entwickeln. (...) Ihre Politik könnte in zwei Richtungen deformiert werden: zum einen durch den Druck der internationalen Finanzinstitutionen, was auf eine leicht abgemilderte neoliberale Politik wie in Brasilien hinauslaufen würde, zum anderen durch eine übermäßige Zentralisierung und Uniformisierung der politischen Prozesse, wie sie in Kuba stattgefunden hat.

(...) Die linken Bewegungen in Lateinamerika sind heutzutage nicht unbedingt alle auf europäische Solidarität angewiesen – vielleicht ist sogar eher das Gegenteil der Fall. Es wäre auch falsch, wenn die an Bolivien oder Venezuela Interessierten den Fehler wiederholen würden, den manche Kuba-Solidaritätsgruppen machen, indem sie die Solidarität mit der Regierung Fidel Castros als Solidarität mit der kubanischen Gesellschaft deklarieren. Die Interessen einer Regierung, und mag sie noch so links sein, und die Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen fallen niemals vollkommen in eins. In diesem Kontext müssen Basisbewegungen gestärkt werden, damit sie so viel Einfluss wie möglich auf die gewählten RepräsentantInnen nehmen können.

Regierungsinteressen und Gesellschaft sind niemals identisch

In Bolivien beispielsweise macht sich der radikalere Teil der sozialen Bewegungen, die durch ihre jahrelangen Kämpfe einen ganz erheblichen Anteil an den beschriebenen symbolischen Verschiebungen hatten und Evo Morales an die Regierung gebracht haben, wenig Illusionen. Gleich zu Anfang hat unter anderem der Gewerkschaftsdachverband COB dem neuen Präsidenten ein Ultimatum gestellt: Wenn er nicht innerhalb von drei Monaten die Erdgasreserven wieder verstaatliche, werde man ihn genauso verjagen wie seine Vorgänger.

Noch weiter reicht die Strategie, die die mexikanischen ZapatistInnen neuerdings verfolgen. Sie firmiert unter dem Namen „andere Kampagne", macht wesentlich weniger Schlagzeilen als ein Wahlsieg und wird dementsprechend hierzulande kaum zur Kenntnis genommen. Bisher zielt sie auf eine Vernetzung mexikanischer Basisbewegungen untereinander, unter der Bedingung, dass sie sich als links und antikapitalistisch verstehen. Wie die Präsidentschaftskandidaten tourt auch Subcomandante Marcos durchs Land. Aber er kandidiert nicht für die Präsidentschaftswahlen im Juli, sondern warnt die Linke im Gegenteil eindringlich davor, eine gesellschaftliche Veränderung von oben zu erhoffen.

„Andere Kampagne" der mexikanischen Zapatistas: Parteien müssen draußen bleiben

Seit vergangenem Sommer schmiedet die EZLN an einem pluralistischen, horizontal strukturierten Bündnis aller anti-neoliberalen und ausgegrenzten Kräfte. Parteimitglieder müssen draußen bleiben, dafür sind Jugendbanden, Indígenas, Künstlergruppen, Feministinnen, Transsexuelle, Prostituierte, politische Gefangene, StrassenhändlerInnen, unabhängige Gewerkschaften und marxistisch-leninistische Gruppen beteiligt. Wo die Reise hingehen soll, weiß niemand – es handelt sich ja gerade um einen kollektiven Versuch für eine neue Politik. (...) Die Botschaft der ZapatistInnen lautet: Wir versprechen euch nichts, außer dass wir für unsere GenossInnen einstehen werden. Was wir nicht gemeinsam erkämpfen und entstehen lassen, werden wir auch nicht bekommen. Eine Botschaft, die auch andere linke Bewegungen auf dem Kontinent vor Enttäuschungen schützen kann.

Miriam Lang

Eine lange Version des Artikels ist zuerst in der Wochenzeitung Jungle World, Ausgabe 15.02.2006, erschienen. Wir danken der Autorin und der Redaktion für die freundliche Genehmigung des Abdrucks.



Internationalismus heute

Die Kategorien „gute soziale Bewegung hier“ und „schlechte Regierung da“ funktionieren nicht so einfach

(…) In den 70er und 80er Jahren setzte die Linke große Hoffnungen in die Entwicklungen in Lateinamerika. Oft wurde Internationalismus mit materieller und ideeller Unterstützung von Befreiungsbewegungen und ihrem bewaffneten Kampf gleichgesetzt. Viele dieser Hoffnungen wurden enttäuscht.

1994 betrat mit dem Auftauchen der ZapatistInnen in Mexiko eine neue Bewegung die Bühne, die wieder als Projektionsfläche diente, diesmal mit dem neuen Dogma, dass nur diejenigen eine revolutionäre Politik machen können, die nicht nach Macht streben und deshalb keine Partei oder Regierungsmacht sind. Durch Selbstorganisation und neue Formen partizipativer Demokratie sollen basisdemokratisch Veränderungen erreicht werden. Dazu gibt es in Chiapas spannende Ansätze. Ob sie langfristig über die indigenen Gemeinden im Süden Mexikos hinausweisen, wird sich noch zeigen müssen.

Ob die Ansätze der Zapatistas übertragbar sind, muss sich noch zeigen

Während sich die UnterstützerInnen der ZapatistInnen vor allem durch deren Distanz zur Regierungsmacht angezogen fühlen, gibt es ein anderes Spektrum der Linken, das sich vor allem positiv auf Venezuela und damit auch auf eine Regierung bezieht.

Venezuela gehört neben Bolivien, Uruguay, Argentinien und Brasilien zu den Ländern, in denen in den letzten Jahren ein Regierungswechsel stattgefunden hat. Die Regierungen dieser Staaten proklamieren, dass sie die neoliberale Politik ihrer Vorgänger nicht fortsetzen wollen. In diesem Moment besteht die Möglichkeit, dass mehrere Regierungen in Lateinamerika gleichzeitig eine Politik machen könnten, die neue Wege einschlägt. Für Venezuela ist die kontinentale Zusammenarbeit ein zentrales Ziel, dem es durch die Gründung des Erdölunternehmens Petrocaribe und des weltweiten Fernsehkanals Telesur einen Schritt näher gekommen ist. Mit der „Bolivarianischen Alternative für die Amerikas“ (ALBA) steht eine Vision zur Diskussion, die neue Wege der Handelsbeziehungen gehen soll.

Historische Chance, länderübergreifend fast zeitgleich einen Kurswechsel einzuschlagen

Die Rahmenbedingungen sind in den Ländern sehr unterschiedlich und damit auch der Handlungsspielraum. Innenpolitisch hat sich in Venezuela einiges getan, z.B. Sozialprogramme, eine neue Verfassung und das Rückgängigmachen der Privatisierung von Dienstleistungen wie der Wasserversorgung. Durch ein Referendum legt in Uruguay jetzt die Verfassung fest, dass die Wasserversorgung nicht privatisiert werden darf. Inwieweit dort soziale Programme realisiert werden, kann noch nicht abgesehen werden, denn anders als Venezuela, wo die Regierung durch die deutlich gestiegenen Öleinnahmen Geld zu verteilen hat, ist Uruguay hoch verschuldet. Dennoch versucht die Regierung soziale Akzente zu setzen, das Steuersystem soll reformiert werden – bisher bezahlen Reiche so gut wie keine Steuern – und dadurch mehr Spielraum im Staatshaushalt entstehen.

In Venezuela steht mit Hugo Chávez ein ehemaliger Militär an der Regierungsspitze. Seine Regierung erhält immer mehr Unterstützung der Gesellschaft, vor allem von den Einkommensschwächeren, die von den durchgeführten Sozialprogrammen profitieren, auch wenn die Armut dadurch noch nicht beseitigt wurde. Hier ist bemerkenswert, dass die Regierung Prozesse gesellschaftlicher Partizipation einleitet und damit soziale Bewegungen stärkt. Die Entwicklung von selbsttragenden Strukturen demokratischer Partizipation dürfte langfristig eine entscheidende Grundlage für die politische Stabilität der Entwicklung in Venezuela sein. In Uruguay ist der Prozess ganz anders verlaufen. Dort gibt es lange Traditionen des Widerstandes gegen neoliberale Politik. Die nun auf nationaler Ebene regierende Frente Amplio stellt in der Hauptstadt Montevideo schon seit 15 Jahren die Stadtregierung. Daneben gibt es viele Erfahrungen mit Beteiligung und Selbstorganisation. Hier existieren auch strukturelle Grundlagen für die Zusammenarbeit der Frente Amplio mit den sozialen Bewegungen.

In Venezuela stärkt die Regierung soziale Bewegungen

Die Neuformierung Lateinamerikas soll ein Gegengewicht zur Politik der USA entwickeln, was sich unter anderem in dem Kampf gegen die von den USA angestrebte gesamtamerikanische Freihandelszone ALCA zeigt. Hier agieren soziale Bewegungen und Regierungen teilweise Hand in Hand. Arbeitsteilungen ergeben sich aus den unterschiedlichen Rollen: Regierungen können Verträge abschließen, Gesetze erlassen, in internationalen Institutionen agieren, soziale Bewegungen können Konzepte entwickeln und nötigenfalls Druck auf die Regierung ausüben und Projekte umsetzen. Die Kategorien „gute soziale Bewegung“ hier und „schlechte Regierung“ da funktionieren also nicht so einfach.

„Internationalismus heute“ heißt nicht: „Solidarität mit“ und Entwicklungen zu idealisieren, sondern voneinander zu lernen, Erfahrungen auszutauschen, gemeinsame Themen zu identifizieren und nach Alternativen und Handlungsmöglichkeiten zu suchen, es geht also um Kooperation und Vernetzung. Themen gibt es zur Genüge: Privatisierung, Verschuldung, Handel, Selbstverwaltung, Partizipationsmodelle, Kooperation Parteien-Soziale Bewegungen und manches mehr. (…)

Kerstin Sack

Eine lange Version des Textes ist zuerst in der Monatszeitschrift ila, Ausgabe 290, November 2005, erschienen. Wir danken der Autorin und der Redaktion für die freundliche Genehmigung des Abdrucks.



Rückblick:

24. – 29. Januar 2006
Weltsozialforum in Caracas

Das Weltsozialforum hat in diesem Jahr sowohl in Bamako/Mali (19.-24.1.) als auch in Caracas/Venezuela (25.-29.1.) stattgefunden. Attac Deutschland war in Caracas mit mehreren Veranstaltungen vertreten und hat eine positive Bilanz gezogen: In Caracas haben über 100.000 Menschen bei 1800 Konferenzen, Arbeitsgruppen und Strategietreffen wichtige Impulse gesetzt. Ein zentrales Thema war das Verhältnis der Bewegungen zu progressiven Regierungen. Die Versammlung der sozialen Bewegungen vereinbarte gemeinsame Proteste zu Kriegs- und Handelspolitik.
Mehr Infos:
www.attac.de/wsf2006

11. Februar 2006
Bolkestein-Protest in Straßbourg ...

Bei der Europäischen Demonstration in Straßbourg, zu der Attac intensiv mobilisiert hat, haben mehr als 15.000 Menschen gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie demonstriert. „Diese Demonstration hat eine klare Botschaft: Wir wollen kein Europa des totalen Wettbewerbs. Europa kann nur zusammenwachsen auf der Basis sozialer und ökologischer Rechte", sagte Christiane Hansen von Attac Deutschland bei der Auftaktkundgebung. „Wer die neoliberale Politik fortsetzt, zerstört den





europäischen Traum." Die Demonstration, zu der Mitglieder von Gewerkschaften und sozialen Initiativen aus Frankreich, Deutschland, Belgien und weiteren Ländern angereist waren, ist für Attac eine wichtiger Schritt hin zu mehr grenzüberschreitenden Aktionen.
Mehr Infos:
www.attac.de/strasbourg

... und in Berlin

Auch in Berlin beteiligte sich Attac an der Großdemonstration gegen die Dienstleistungsrichtlinie, zu der vor allem die Gewerkschaften aufgerufen hatten. Im Namen von Attac und BUND warnte der Vorsitzende von Friends of the Earth Europe, Martin Rocholl, die „Bolkestein-Richtlinie" könne einen Wettlauf der EU-Mitgliedstaaten um die niedrigsten Sozial- und Umweltstandards zur Folge haben.



Deshalb dürften die EU-Staaten ihre Grenzen und Märkte nicht öffnen, ohne vorher gemeinsame und bindende Standards auf möglichst hohem Niveau festzulegen.

16. Februar 2006
EU-Parlament beschließt Bolkestein-Richtlinie

Wenige Tage nach den Protesten hat das EU-Parlament die Dienstleistungsrichtlinie beschlossen. Durch den breiten Widerstand von Attac, Gewerkschaften und vielen anderen ist es gelungen, den ursprünglichen Kommissionsentwurf etwas abzumildern; dennoch sieht Attac die Entscheidung sehr kritisch. Die zusätzlichen Ausnahmen vom Herkunftslandprinzip ändern nichts an der Grundrichtung zu mehr Liberalisierung, Deregulierung und Wettbewerb, die durch die Richtlinie vorangetrieben wird.
Diverse Bewertungen des Beschlusses finden sich unter:
www.attac.de/strasbourg/1602/1602.php

28. Februar 2006
Aktion in Paris für internationale Steuern

Bei einer Ministerkonferenz in Paris zum Thema internationalen Steuern haben Aktivisten von Attac Deutschland und Frankreich mit einer Aktion am Konferenzort für globale Steuern und gegen die Blockadehaltung des Bundesfinanzministers demonstriert. Sie empfingen die Delegierten mit Transparenten und – passend zur Diskussion um Steuern auf Flugtickets und Kerosin – mit mehreren 100 Papierfliegern, auf denen ihre Forderungen zu lesen waren. Bei der Konferenz haben Regierungsvertreter auf Einladung von Jacques Chirac darüber beraten, wie Entwicklung durch internationale Steuern finanziert werden kann. Als erste konkrete Maßnahme soll die Flugticketabgabe, die Frankreich zum 1. Juli 2006 einführt, auf möglichst viele Staaten ausgedehnt werden. Attac Deutschland begrüßte die Ticketabgabe als ersten, aber keineswegs ausrei-





chende Schritt hin zu internationalen Steuern und kritisierte vor allem die ablehnende Haltung des deutschen Finanzministers.
Weitere Informationen:
www.attac.de/internationale-steuern

6. – 11. März 2006
Zweite bundesweite Lidl-Aktionswoche

Mit Aktionen vor Lidl-Filialen in mehr als 20 Städten hat Attac den Druck auf den Discounter Lidl verstärkt. Unter dem Motto „Geist ist geiler!" forderten Attac-Mitglieder vom Lidl-Konzern ein Ende des Sozial-, Preis- und Umweltdumpings und von den Verbraucherinnen und Verbrauchern einen verantwortungsvollen Konsum. Mit Straßentheater, symbolischen Blockaden, satirischen Werbespots und anderen Aktivitäten machen Attac-Gruppen auf die Missstände aufmerksam.

10. März 2006
E-Mail-Protest gegen öffentliche Arbeitgeber

Aus Protest gegen den skandalösen Konfrontationskurs der Arbeitgeber gegen-

über den streikenden Arbeitnehmern hat Attac dazu aufgerufen, den Verhandlungsführern von Kommunen und Ländern massenhaft E-Mails zu schicken. Die Auseinandersetzung um die unsinnige Arbeitszeitverlängerung betreffe nicht nur die Arbeitnehmer, sondern die ganze Gesellschaft, schreibt der Koordinierungskreis in einer Erklärung. Um die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, seien nicht längere, sondern kürzere Arbeitszeiten notwendig. Die leeren öffentlichen Kassen dürften dabei nicht als Gegenargument gelten, denn diese sind durch Steuergeschenke der Politik an Reiche, Großunternehmen und Finanzinvestoren selbst verschuldet.
Mehr Infos und die Möglichkeit, eine Protest-E-Mail zu schreiben, gibt es unter:
www.attac.de/18min

14. März 2006
Protestpost für Lidl beim Unternehmertag
Attac, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), BanaFair und Weed haben ihre Kritik am Discounter Lidl bekräftigt und weitreichende Änderungen bei Einkaufspolitik und Arbeitsbedingungen des Konzerns gefordert. Beim „Unternehmertag Lebensmittel" in Köln spannten sie ein Transparent mit dem Slogan „An globalen sozialen Rechten führt kein Weg vorbei!" auf. Das erfuhren die Teilnehmer des Unternehmerstags am eigenen Leib: Die Veranstaltung erreichten sie nur durch einen Vorhang aus Protestpostkarten, auf denen die Einhaltung sozialer Rechte gefordert wurde.
Am Rande der Veranstaltung war geplant, rund 12.000 Unterschriften und Postkarten an den Lidl-Kommanditisten Richard Lohmiller zu übergeben, doch dieser hat den Termin kurzfristig und ohne Angabe von Gründen absagen lassen. Dem Verbrau-



cher-Protest wird Lidl trotzdem nicht entgehen: „Sozial-, Preis- und Umweltdumping führt in die Sackgasse – vor dieser Tatsache darf sich Lidl nicht verstecken", sagte Jutta Sundermann von der Attac-Lidl-Kampagne.
Mehr Infos unter:
www.attac.de/lidl

Ausblick:

4. – 6. April 2006, Wien
„Alternativer Ecofin"
EU-kritische Konferenz zur europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik von Attac Österreich und Partnern. Mehr Infos:
www.alternativer-ecofin.org

7. – 8. April 2006, Frankfurt/M.
AG-Treffen „Soziale Sicherungssysteme" und „Genug für alle"
Mehr Infos:
www.attac.de/genug-fuer-alle

22. – 23. April 2006, Essen,
5. – 7. Mai 2006, Hannover,
14. – 15. Mai 2006, München,
16. – 18. Juni 2006, Jena
Regionalkonferenzen zu Internationalen Steuern
Als nächstes Ereignis der Projektgruppe „Internationale Steuern" finden vier Regionalkonferenzen statt. Auf diesen sollen alle am Thema Interessierten fundiert über die vielfältigen Möglichkeiten zur Einführung globaler Besteuerung informiert werden. Außerdem wird es darum gehen, Strategien festzulegen und Aktionen zu planen, mit denen das Projekt sinnvoll vorangetrieben werden kann.
Details unter:
www.attac.de/internationale-steuern

28. – 30. April 2006, Braunschweig
Attac-Ratschlag
Details auf Seite 3

29. – 30. April 2006, Hamburg
Kosten rebellieren II
Die Menschen haben es satt, nur als Kostenfaktor betrachtet zu werden, und sie wehren sich dagegen: die Kosten rebellieren. Hinter diesem etwas schrägen Titel verbirgt sich ein spannendes Projekt, in dem sich Menschen aus ganz unterschiedlichen politischen Gruppen und Hintergründen auf einen offenen Austausch ihrer Standpunkte und Visionen einlassen. Abseits der eingetretenen Argumentationspfade werden die Perspektiven gewechselt und neue Gedanken gewagt. Nach dem erfolgreichen Start im vergangenen Jahr sollen in diesem Jahr die Zusammenhänge von Prekarisierung und Migration ausgelotet werden.
Mehr Infos:
www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/kosten.php
anschließend (1. Mai): Euro-Mayday, Infos unter:
www.euromayday.org

4. – 7. Mai 2006, Athen
Europäisches Sozialforum
Wie wirkt sich die neoliberale Globalisierung auf lokaler Ebene aus, etwa im Städtebau oder durch globale Immobilienspekulation? Wie gehen die Proteste gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie weiter? Wie stehen die europäischen Bewegungen zum weiteren EU-Verfassungsprozess, zu Krieg und Frieden, zu Prekarisierung, Migration und Armut? Alle diese Themen werden beim Europäischen Sozialforum vom 4. bis 7. Mai in Athen zur Sprache kommen. Mehr Informationen:
www.fse-esf.org

6. Mai 2006, Berlin
Soziale Rechte in Europa: Provokation für den Neoliberalismus?
Internationale Konferenz über Grundlagen, Gefährdungen und Chancen des Sozialstaats im Zeitalter der Globalisierung, mitveranstaltet von Attac.
Infos:
www.attac.de/aktuell/termine/provokation.php

10. – 13. Mai 2006, Wien
Alternativgipfel zum EU-Lateinamerika-Gipfel
Infos auf Seite 1 und unter:
www.alternativas.at

14. – 18. Juni 2006
Attac-Aktionsakademie
Für alle aktionsbegeisterten Attacies gibt es wieder viele Angebote in Theorie und Praxis;
Details auf Seite 3 des Rundbriefs.

19. – 21. Mai 2006 Ahr-Eifel
Attac-Eifelseminar
Im Mittelpunkt stehen die EU-Erweiterung und die Lissabon-Strategie.
Mehr Infos:
www.attac.de/aktuell/termine/eifelseminar06.php

4. – 9. August 2006, Karlsruhe
Attac-Sommerakademie
Das Jahres-Highlight im Attac-Kalender mit vielen Seminaren, Workshops, Kultur und Aktion.
Details in der Beilage zu diesem Rundbrief.

dieses Mal im Portrait:
die Attac-Mitgliedsorganisation IPPNW und Attac Karlsruhe.

IPPNW – „International Physicians for the Prevention of Nuclear War“



Die IPPNW ist ein weltweiter Ärzteverein, der sich für eine gesunde, friedliche und menschenwürdige Welt ohne Atomwaffen und ohne Atomenergie einsetzt. Der IPPNW gehören 200.000 Mediziner in über 60 Ländern auf allen fünf Kontinenten an. In Deutschland nennt sich die IPPNW „Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.“. Sie umfasst 8000 Ärzte und Medizinstudierende.



Vor 25 Jahren gründeten ein russischer und ein amerikanischer Arzt, Evgenij Chazov und Bernard Lown, die IPPNW inmitten des kalten Krieges. Ihr Ziel war es, einen Atomkrieg zu verhindern. Mit verschiedenen Kampagnen machten die Ärzte auf dessen Folgen aufmerksam und thematisierten die sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Kosten des Wettrüstens. 1985 ist der Verein für sein Engagement für die nukleare Abrüstung mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden.
Heute – 20 Jahre später – ist der Ost-West-Konflikt überwunden, doch neue Bedrohungen beherrschen die Weltpolitik. Die Terroranschläge in den USA, der Krieg gegen Afghanistan und den Irak, die Eskalation der sinnlosen Gewalt zwischen Israel und Palästina sowie – ganz aktuell – Irankonflikt und Karikaturenstreit zeigen, dass unsere Welt nach wie vor in Unordnung ist. Die IPPNW ist überzeugt, dass Frieden ohne Entwicklung und ohne die Bewahrung der Umwelt nicht möglich ist. Nur eine gerechte und solidarische Politik kann helfen, Krieg und Terror zu überwinden.
Die Mitglieder der IPPNW arbeiten in vier verschiedenen Arbeitskreisen: AK Atomenergie, AK Flüchtlinge, AK Medizin und Gewissen und AK Süd-Nord. Sie erforschen und recherchieren die krankmachenden Folgen der militärischen und zivilen Nutzung der Atomtechnologie, analysieren die Konfliktursachen für Kriege und entwickeln friedliche Lösungsstrategien. Sie helfen kranken Menschen in Not, setzen sich für ein Bleiberecht traumatisierter Flüchtlinge ein und beraten politische Entscheidungsträger. Sie arbeiten in Netzwerken mit anderen kritischen, zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen – seit 2002 ist die IPPNW deshalb Mitgliedsorganisation bei Attac.
Auf Tagungen und Kongressen informiert die IPPNW die Öffentlichkeit über ihre Anliegen. Ganz aktuell vom 7. bis 9. April dieses Jahres auf dem Internationalen IPPNW-Kongress „Zeitbombe Atomenergie – 20 Jahre Tschernobyl“ in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg. Hier werden neben den Tschernobylfolgen auch der mögliche Krieg gegen den Iran, die von der Atomindustrie beschworene Rückkehr zur Atomenergie und mögliche Alternativen dazu thematisiert. Anmeldung unter:
www.tschernobylkongress.de

Silvia Leiting

IPPNW-Geschäftsstelle
Körtestrasse 10, 10967 Berlin
Telefon: 030/698 074-0
Fax: 030/693 81 66
E-Mail:
kontakt@ippnw.de
Internet:
www.ippnw.de

Attac Karlsruhe



Attac Karlsruhe besteht seit Oktober 2001. Bereits zu der Gründungsveranstaltung – damals mit initiiert von Sabine Leidig – im Karlsruher Jubez kamen mehr als 100 Interessierte. Als erste gemeinsame Aktion der neu gegründeten Gruppe wurde ein Kongress auf die Beine gestellt, der mit über 200 Gästen unsere Erwartungen (und die Räumlichkeiten!) sprengte. Mittlerweile verzeichnet Attac KA und Umgebung circa 300 eingeschriebene Mitglieder und Interessierte, darunter an die vierzig Aktive, die sich bei uns in fünf verschiedenen Arbeitsgruppen engagieren können:
– Die GATS-Gruppe gehört mit zu unseren ältesten AGs, sie wurde zeitgleich mit Attac Karlsruhe gegründet. Die Bedrohung von essentiellen Dienstleistungen für die Menschen durch ihre Definition und Behandlung als Waren war und ist für uns das zentrale Thema. Im Mittelpunkt steht aktuell der Kampf gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie.
– Hintergründe: Hier bieten wir die Gelegenheit zu spannenden Debatten und fundierter Weiterentwicklung für Leute, die sich für die theoretischen Ansätze von Attac interessieren.
– Globalisierung und Krieg: Die Zusammenhänge zwischen ökonomischen Interessen, Krieg, Frieden und Gerechtigkeit werden in dieser AG diskutiert und durch Vorträge und Aktionen in die Öffentlichkeit getragen.
– Die Gruppe Neoliberale Politik und Gemeinwohl will die Auswirkungen der neoliberalen Politik auf die Region ermitteln und transparent machen – gründliche Ursachenanalysen eingeschlossen.
– Unsere EU-AG hat eine klare Aussage: „Wir wollen ein Europa der Bürger! Kein Europa der Konzerne!“.
Im Ko-Kreis treffen sich ungefähr zehn Aktive, die die Arbeit der AGs koordinieren, Veranstaltungen planen, Kongresse organisieren (bisher haben wir drei große Konferenzen erfolgreich durchgeführt) und die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit machen. Darüber hinaus haben wir die Karlsruher Globalisierungsgespräche ins Leben gerufen, die in kurzen Abständen zu verschiedenen Themen offene Diskussionsforen anbieten.
Die Idee, die Sommerakademie in diesem Jahr in Karlsruhe zu veranstalten, stieß bei uns auf große Begeisterung. Zehn Freiwillige erklärten sich spontan bereit, bei den Vorbereitungen mit anzupacken. Mit der Freien Waldorfschule Karlsruhe gelang es uns, ein großzügiges und doch gemütliches Ambiente zu finden. Auch das Kulturprogramm aus der Karlsruher Kleinkunstszene wird sich sehen lassen können!
Wir freuen uns schon sehr auf unsere Gäste und hoffen, dass viele von Euch im August den Weg zu uns in die Fächerstadt finden werden!

Eure Karlsruher Attacies

Besser, aber nicht gut genug

Ein halber Erfolg für die Proteste gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie

Bei der ersten großen Mobilisierung in diesem Jahr haben am 11. und 14. Februar in Straßbourg und Berlin mehr als 100.000 Menschen gegen die Bolkestein-Richtlinie demonstriert. Und das aus gutem Grund: Der Protest richtet sich gegen die von der EU angestrebte durchgreifende Liberalisierung der Dienstleistungen in Europa, die in dieser Form nur zu Lohndumping, Sozialabbau und Druck auf Arbeitnehmer- und Verbraucherrechte führen kann (siehe Rundbriefe 01/05 und 01/06). Vier Attac-AktivistInnen berichten über die Proteste und wie es weitergeht.

?? Sven, du hast an der Mobilisierung in Deutschland und an der Koordination mit den französischen Veranstaltern mitgewirkt und warst natürlich auch in Straßbourg dabei. Wie war die Stimmung?

Sven Giegold: Es war eine lebendige und politische Demonstration, ganz geprägt von Aktiven aus Frankreich und Deutschland. Noch nie habe ich so viele Attac-Fahnen und Aktive aus verschiedenen Orten in einer langen Schlange gesehen. Auch war es unsere größte grenzüberschreitende Mobilisierung bisher! Das Zusammenspiel von Attac-Gruppen, einzelnen Aktiven im Internet, Medienarbeit vorab, Bundesbüro und der bundesweiten Projektgruppe hat sehr gut geklappt. Christiane Hansen von Attac München hat eine gute Rede für die europäischen Attacs gehalten. Ärgerlich war, dass sie wie die ganze Auftaktkundgebung nur von wenigen zu hören war, weil die örtlichen OrganisatorInnen plötzlich die Bühne verlegt haben. Erfreulich war dagegen das Treffen zwischen französischen und deutschen Attacies. In etlichen Orten gibt es nun Städtepartnerschaften zwischen französischen und deutschen Attac-Gruppen.

?? Zur selben Zeit fand auch in Berlin eine Demonstration gegen die Richtlinie statt, zu der vor allem der DGB aufgerufen hatte. Lena, wie war es in Berlin?

Lena Bröckl: Die Demo in Berlin war ganz überwiegend von GewerkschafterInnen geprägt, aber unter den 45.000 war die Stimmung gut – und das trotz Kälte und dickem Schneetreiben. Der DGB war selbst überrascht, wie viele Leute mit nach Berlin fahren wollten, und mit weiteren 40.000 DemonstrantInnen in Straßbourg am 14.2. haben die Gewerkschaften ja noch mal ordentlich nachgelegt. Schön fand ich, dass die Attacies aus verschiedenen Städten in Berlin einen gemeinsamen Attac-Block gebildet haben, der mit den orangefarbenen Stirnbändern gut zu erkennen war.

?? In seiner Abstimmung hat das Europäische Parlament am 16. Februar die Richtlinie zwar genehmigt, aber nur mit wesentlichen Änderungen. Der Beschluss ist ganz unterschiedlich bewertet worden. Was sagt Attac dazu? Hat unsere Mobilisierung etwas bewirkt?

Stephan Lindner: Durch den Druck hat das Parlament zahlreiche positive Änderungen vorgeschlagen. Beispielsweise soll die Richtlinie nicht mehr für das Arbeits-, Sozial- und Strafrecht gelten. Dienstleistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge wie Wasser-, Strom- und Gasversorgung oder Müllabfuhr sollen vom Herkunftslandprinzip, Zeitarbeit und Verkehrsdienstleistungen von der gesamten Richtlinie ausgenommen werden. Allerdings hätte die Richtlinie immer noch viele katastrophale Auswirkungen. Das Herkunftslandprinzip wurde lediglich umbenannt und eingeschränkt. Wichtige Bereiche wie Bildung und Kultur fallen immer noch unter die Richtlinie. Die Bestimmungen zur Ausschreibung von Konzessionen würden den Privatisierungsdruck auf die öffentliche Daseinsvorsorge enorm erhöhen. Außerdem können alle positiven Änderungen des Parlaments von den nationalen Regierungen wieder gestrichen werden.

?? Wie geht es nun weiter?

Angelika Shams: Im März haben wir mit unseren deutschen und europäischen PartnerInnen den beschlossenen Richtlinientext gründlich analysiert. Alle stimmen überein, dass die Aktionen weitergehen müssen. Nun sind die nationalen Regierungen am Zug, über den vom EU-Parlament beschlossenen Text zu beraten. Bei ihnen müssen wir nun europaweit koordiniert Druck machen. Voraussichtlich am 10. Juni soll ein europäischer Aktionstag gegen die Dienstleistungsrichtlinie stattfinden. Auf dem Europäischen Sozialforum Anfang Mai in Athen finden mehrere Veranstaltungen statt, um die Aktivitäten zu koordinieren. Über die Internetseiten unserer Projektgruppe halten wir Euch auf dem Laufenden.

Interview: **Karsten Peters**
Am Interview nahmen Lena Bröckl, Sven Giegold, Stephan Lindner und Angelika Shams teil.



Mehr Infos:
www.attac.de/bolkestein
und:
www.attac.de/strasbourg



Themenpakete
im Attac-Materialversand

Themenpakete im Attac-Materialversand, die dritte!

Auch für diesen Rundbrief hat der Attac-Materialversand ein attraktives Angebot im Paket verschnürt. Die Artikel sind nach wie vor einzeln, aber jetzt auch im Paket verbilligt zu erhalten. Pakete gibt es nur, solange der Vorrat reicht! Dieses Mal dreht sich alles im Paket um die globalisierungskritische Bewegung:

Paket „Bewegung“

Naomi Klein: Über Zäune und Mauern
Naomi Kleins Klassiker „No Logo!“ war gerade im Druck, als 1999 der Protest gegen die Welthandelsorganisation in Seattle losbrach. In „Über Zäune und Mauern“ dokumentiert Klein die Entwicklung dieser neuen Protestbewegung in Form von sehr persönlichen und bewegenden Augenzeugenberichten aus der Mitte der GlobalisierungskritikerInnen.
303 S., 17,90 EUR

BUKO (Hg.): radikal global – Bausteine für eine internationalistische Linke
Mit vielen „Bausteinen“ aus den wichtigsten Diskussionen innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung der letzten Jahre ist dieses Buch wichtig – nicht nur für alle, die selbst an der Weiterentwicklung der Bewegung stricken möchten. So vielfältig die Auswirkungen der Globalisierung, so breit gefächert sind auch die Themen des Bandes: Die Entwicklung der Bewegung, Krieg und Frieden, Antirassismus und Migration, Imperialismus oder Empire, Israel/Palästina sind dabei die Themenschwerpunkte. Mit Beiträgen von Thomas Seibert, Alexander Schudy, Uli Brand, Katja Diefenbach, Hanno Loewy u.v.a.
Paperback, 272 S., 16 EUR

Pedram Shahyar, Peter Wahl: Bewegung in der Bewegung? – Erfahrungen und Perspektiven der GlobalisierungskritikerInnen (Attac Basistext 18)
In diesem AttacBasisText gehen zwei Aktivisten dem Aufstieg der neuen sozialen Bewegung der Globalisierungskritiker-Innen nach und diskutieren die strategischen Herausforderungen für die Zukunft. Mit dem Schwerpunkt auf der Entwicklung von Attac Deutschland untersuchen sie die Errungenschaften der Bewegung, insbesondere ihren Beitrag zu Demokratisierung und Teilhabe. Sie argumentieren für eine bewusste Bündnispolitik und hinterfragen das Verhältnis von Bewegung und Parteien ebenso wie die Handlungsfähigkeit auf europäischer Ebene.
Taschenbuch, 96 S., 6,50 EUR

BUKO/iz3w: Wo steht die Bewegung? – Eine Zwischenbilanz der Globalisierungskritik
Je deutlicher die Notwendigkeit wird, über plakative Parolen hinauszugehen, desto wichtiger ist es, inne zu halten im politischen Alltagsgeschäft und eine vorläufige Zwischenbilanz zu ziehen. Wo steht die Globalisierungskritik heute? Was hat sie erreicht? Wie reagieren die Institutionen und die Neoliberalen auf sie? Wo liegen Defizite? Zur Beschäftigung mit diesen Fragen will diese Broschüre einen kritisch-solidarischen Beitrag leisten.
Broschüre, 76 S., 5 EUR

Alle vier zusammen im Paket zum Sonderpreis von 35 EUR!

Impressum

Attac Trägerverein e.V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 900 281-10
Fax: 069 / 900 281-99
E-Mail:
info@attac.de
www.attac.de
Produktion:
Attac Trägerverein e.V.
Redaktion:
Jule Axmann (J.A.), Lena Bröckl (lb), Malte Kreutzfeldt (MK), Werner Rätz (wr), Gabriele Rohmann (gr)
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

nix wie weg! Themenpakete hier bestellen!

Hiermit bestelle ich...
...aus dem Paket „Bewegung“:

___ St. Klein: Über Zäune und Mauern, 17,90 EUR (2302)

___ St. BUKO (Hg.): radikal global, 16 EUR (2316)

___ St. Shahyar/Rätz: Bewegung in der Bewegung? 6,50 EUR (2510)

___ St. BUKO/iz3w: Wo steht die Bewegung? 5 EUR (3312)

___ St. Paket „Bewegung“ komplett (alle vier Artikel), 35 EUR (6602)

(Alle Preise verstehen sich zzgl. Versandkosten)

per Post an:
Attac, Münchner Str. 48,
60329 Frankfurt/M.
per Fax an: 069-900 281-99
telefonisch unter: 069-900 281-10
online unter:
www.attac.de/material
oder per E-Mail an:
info@attac.de

Name ____________________

Str./Nr. ____________________

PLZ/Ort ____________________

Tel. ____________________

E-Mail ____________________

AttacBasisTexte
im VSA-Verlag
Frühjahr 2006

Detlev von Larcher / Silke Ötsch
Transnationales Kapital international besteuern!
Alternativen zur neoliberalen Steuerpolitik
AttacBasisTexte 19
96 Seiten
EUR 6.50
Die AutorInnen geben einen verständlichen Überblick über die Herausforderungen, vor denen Steuer- und Finanzpolitik im Zeitalter der Globalisierung stehen. Und sie verdeutlichen die Alternativen, mit denen insbesondere die globalisierungskritische Bewegung aktiv in die Steuerdebatte eingreift.

Sven Giegold
Steueroasen trockenlegen,
Steuerkonkurrenz beenden!
AttacBasisTexte 20
96 Seiten
EUR 6.50
Sven Giegold zeigt in diesem Buch die weiterhin bestehenden Handlungsspielräume von Nationalstaaten auf. Darüber hinaus entwickelt er einen internationalen Rahmen für die Regulierung von Steuerflucht und Steuerwettbewerb.

Peter Wahl
G8: PR-Show oder Weltregierung?
Weltwirtschaftsgipfel und Globalisierung
AttacBasisTexte 21
96 Seiten
EUR 6.50
Sind die G8 zur informellen Weltregierung geworden? Oder handelt es sich nur um einen öffentlichkeitswirksamen Phototermin, bei dem ansonsten nicht viel rauskommt? In diesem Basistext geht es um die Funktionsweise und Wirkung der G8, ihre Geschichte, Zukunftsperspektiven und Alternativen.







Alle Texte sind demnächst über den Attac-Materialversand erhältlich

Umgezogen? Adresse falsch?
Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit. Tel. 069/900 281-10 oder per E-Mail an:
info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

Die Bewegung stärken – Bildungsprogramme unterstützen!

Attac hat sich längst auch als Bildungsbewegung zu einer Konstante entwickelt, auf die Verlass ist. So finden Jahr für Jahr mehrere hundert globalisierungskritische Menschen bei der Sommerakademie zusammen, um sich ökonomische Grundlagen anzueignen, einen kritischen Blick auf die Arbeitsweise von WTO und Weltbank zu werfen, den Zusammenhängen zwischen Krieg und Globalisierung auf den Grund zu gehen, Alternativen zur globalen Ausbeutung unserer natürlichen Ressourcen zu entwickeln und noch vieles mehr. Dabei ist die Sommerakademie nicht nur eine Sache für erfahrene Aktive. Sie eignet sich auch hervorragend als Einstieg für Neulinge und ist damit ein wichtiges Mittel zur Stärkung der Bewegung; sie wächst an der Sommerakademie und gewinnt durch sie nicht nur an Tiefe, sondern auch an Breite.

Auch die Aktionsakademie ist inzwischen eine feste Größe im globalisierungskritischen Fortbildungskalender. Sie setzt einen anderen Schwerpunkt: Aktive machen sich dafür fit, unsere politischen Ideen durch verschiedene Aktionsformen in die Breite der Bevölkerung zu tragen. Viele Elemente späterer Attac-Kampagnen haben ihren Ursprung auf der Aktionsakademie; sie stärkt die Bewegung, ganz praktisch und handfest.

Da es uns wichtig ist, die Teilnahme an den Bildungsprogrammen auch Menschen mit geringem Einkommen zu ermöglichen, bezuschusst Attac die Teilnahmegebühren. Auch in Zukunft möchten wir, dass alle sich so gut wie möglich weiterbilden können. Wir bitten deshalb: Unterstützt unsere Bildungsprogramme mit einer Spende! Auch wer selbst nicht zur Sommer- oder Aktionsakademie kommen kann, ermöglicht mit einer Spende, dass sich jemand anderes die Teilnahme leisten und weiterbilden kann – und stärkt damit auch Attac.

Wir freuen uns deshalb über Spenden mit Hilfe des unten angehängten Überweisungsträgers, telefonisch unter:
069-900291-10
oder online unter:
www.attac.de/mitmachen/spenden

